

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend

Leipzig, den 21. Dezember 1922

Einzelnenpreis: Beleg-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M., die fünfgepaltenen Zelle; Anzeig., Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzinngen 30 M. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 148

Der Weihnachtseierlage wegen erscheint Nr. 150 erst Donnerstag, den 28. Dezember.

Rechtzeitige Bezugsrenewierung des „Korr.“

zum Quartalswechsel ist Vorauszahlung für ungeführte Zustellung. Bezugspreis vierteljährlich 75 M. (Verbandsmitglieder Rückvergütung)

Wirtschaftspolitische Streiflichter

Staatspolitik, Wirtschaftspolitik und Volkswirtschaft sind ineinander übergehende Begriffe. Es sind aber Komplexer und so außerordentlicher Weitsichtigkeit und Bedeutung — wenn sie unter den Gesichtspunkt der Vertretung allgemeiner Volksinteressen gestellt werden —, daß im Rahmen selbst von einigen Artikeln des von den eigentlichen hoch- und überhörschten Papierpreisen auch recht beengten „Korr.“ nur kümmerliche Behandlung möglich wäre. Wir haben in dem kleinen Vorkurs in Nr. 133: „Warnungssignale für die Arbeiter“, den Berufs- und Klassenorganisationen im Buchdruckgewerbe den dringenden Rat gegeben, auf dem Damme zu sein angesichts des damals drohenden und ja auch schneidenden Kaskade gewordenen Anschlages zur reaktionären Beherrschung der deutschen Staatspolitik. In Nr. 141 („Schicksal der Arbeiterregierung“) ist dann an einem traurigen Vorgang in Sachlen gezeigt worden, wie leichtfertig von den bis zum Blasen eingebildesten kommunistischen Revolutionären eine parlamentarische Mehrheit der Arbeiterklasse zunichte gemacht und dadurch bei der im Wahlkampf unterlegenen Reaktion neue Hoffnungen erweckt werden. Die Nr. 147 benutzten wir zu einer auch nur knappen Charakterisierung der Rechtsabweichung in Deutschland, die nicht in erster Linie für die Regierung Cuno, sondern für die bürgerlichen Parteien gravierend ist. Nun sollen sich daran einige wirtschaftspolitische Betrachtungen knüpfen, und, wenn es der Raum irgendwie zuläßt, werden auch einige Beispiele aus der Volkswirtschaft illustrieren, wozu das deutsche Volk bei der eigenwilligen Interessenpolitik der sich immer mehr in die Staatsgeschäfte eindringenden, nie aber zur Verantwortung vor dem Allgemeininteresse bereiten Industrie- und Finanzaristokratie geraten ist.

Die besonderen Nöte der Buchdrucker finden an diesen Momentblättern von der schlimmen Lage der Volksmassen manche Erläuterung, allerdings bedeutet das Verlangen der Presse im weiten Maße — ihre vorgeschriebene Vertretung erweist sich auch daran als ein schweres öffentliches Übel — noch spezielles Verdrüßliches für uns. Zwischen durch ist von uns noch in mancherlei Form dargelegt worden, wohin die Fahrt infolge der Reaktion von rechts und von ganz links geht. Auch in Einwendungen ist schon mehrfach mit Scheinwerferbeleuchtung gut gearbeitet und die Aufmunterung zur gemeinsamen Abwehr dadurch anschaulicher gestaltet worden. In Nr. 141 haben wir ermahnt, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund doch nicht auf zu viel Aufgaben zu verpflichten. Wir sind nicht etwa der Ansicht, daß die Niederdrückung der mannigfaltig sich breitmachenden Reaktion allein mit parlamentarischen Mitteln erfolgen soll und möglich sein kann. Der WOBZ kann aber nicht für alles herangezogen und nicht von dem einen für zu weitgehende Befähigung, von einem andern für ebenso vermeintliches Unterlassen verantwortlich gemacht werden, wie es in dieser Nummer durch zwei Einwendungen geschieht. Man lebe doch die Dinge mehr im Zusammenhang und trachte danach, im Zusammenfassen der Kräfte der gesamten Arbeiterklasse allgemein den großen Umschwung herbeizuführen!

Wenn jetzt von Amerika her nun endlich ein Schimmer der Hoffnung für Deutschland zu uns dringt, so hat man darin zunächst das Bestreben zu erblicken, der eigenen Krise Herr zu werden. Amerika fehlen die früheren großen Absatzländer, vor allen Dingen Deutschland, dessen

Kaufkraft völlig gebrochen ist, und das deshalb von den amerikanischen Wirtschaftspolitikern ganz richtig als der gefährlichste Krankheitsherd betrachtet wird. Die amerikanische Goldanleihe heißt sozusagen schon längere Zeit. Der große Finanzmann Morgan hat bisher durch die gewalttätige Reparationspolitik Poincarés seine Pläne, die auch die der amerikanischen Regierung sein werden, vereitelt gesehen. Man hat nun nach der Niederlage des Gewaltmenschen Poincaré auf der Londoner Konferenz erst abgewartet, wie sich die herrschenden Kreise in London und in Paris dazu stellen werden. Die Rede des neuen leitenden englischen Ministers Bonar Law im englischen Unterhause bedeutete eine gründliche Abfrage an die Iobten noch von Poincaré vertretenen militärischen Beziehungen- und Annerkennungswünschen. Der selbstgefahrene Repräsentant des französischen Weltimperiums aber hat mit einem überraschend kühnen Zuge sich auf einmal für nur wirtschaftliche Wege und Mittel in der Reparationsfrage erklärt und in der Kammer um eine Atempause bis zur Fortsetzung der Londoner Konferenz in Paris gebeten. Das ihm daraufhin erteilte große Vertrauensvotum ist nicht mehr als die Gewährung einer Galgenfrist für ihn. Er wird ausgeliefert haben. Amerika ist dann mit einemmal auf den Plan getreten und hat in bündiger Form sich für die wirtschaftspolitische Lösung des Reparationsproblems ausgesprochen. Es hat dabei aber auch die Voraussetzung gemacht, daß es in Deutschland bei der demokratischen Regierungsform bleibe. Man hat drüben in dieser Beziehung Behauptungen, wozu das Vorbringen der unter deutschnationaler Führung stehenden und von der Deutschen Volkspartei lüchlig mitgeförderten Reaktion auch genug Veranlassung gibt. Die amerikanischen Staatsmänner und Wirtschaftsgrößen haben sich immer als scharfe Beobachter erwiesen.

Ob die guten Beziehungen des Sapag-Generaldirektors Cuno zu Amerika, der mit energischem Zugriffe den Eindringling Sinnes aus dem Älitenbesitze der Sapag wieder hinauswarf, die Entscheidung Amerikas so schnell reifen ließ, ist eine Frage, die jetzt noch nicht voll zu beantworten ist. Daß man in Amerika Vertrauen zu dem neuen Reichskanzler hat, kann jedoch kaum bestritten werden, wenn es auch wohl mehr einen persönlichen Bewertungsfaktor darstellt. Aber das dürfte noch viel weniger untreuen sein, daß die von Amerika sich ankündigende Hilfe außer der Behauptung der eigenen Kräfte dem ganzen deutschen Volke gilt. Nicht dem Deutschland, das von den übermächtig gewordenen Konzernen, Syndikats- und Kartellgrößen repräsentiert wird, unter denen Sinnes förmlich eine Allmacht darstellt. Diese autokratischen Herrscher von Kapitalis Gnaden haben zu dem durch das Versäulter Gewaltbühnen und dem von Frankreich durch seine Reparationspolitik angerichteten Chaos das andre, ebenso schlimme der inneren Verwüstung gefügt. Weil sie nur dem heiligen Egoismus leben und die große Not des deutschen Volkes von ihnen noch zum Vorspann der eigenen rücksichtslosen Interessenpolitik gemacht worden ist.

Eine verständige Wirtschaftspolitik und Aufrückhaltung des demokratischen Systems in Deutschland sind also die Vorbedingungen, von denen es abhängt, ob Amerika dem ersten verheißungsvollen Schritte weitere folgen läßt. Die Leute bei uns, die eine Regierung der Erfüllungspolitik stützen, um diese nach ihrem Gusto zu betreiben mit ihnen genehmen Ministern, die aber bis jetzt in der Reparationsfrage keinen wirklichen Bekennermut gezeigt und hinsichtlich der Stabilisierung der Mark deutliche Abneigung bekundet haben, weil sie mit der von ihrem Eigeninteresse diktierten Preispolitik sonst Schiffbruch erleiden würden, bieten keine Gewähr, daß Amerika und England mit ihnen gehen können. Man denke nur daran, wie Sinnes sich vor einigen Monaten dem Belgier Welmen gegenüber ablehnend ausgesprochen hat über die Stabilisierung der Mark, und daß sein Hauptorgan, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, noch am 15. November Moratorium und Kredit vom Ausland als „Dinge, die Deutschland gerade in seiner jetzigen Verfassung ablehnen muß“, bezeichnet hat.

Sinnes ist in Fragen des Allgemeinwohls stets ein falsches Orakel. Sein großer Eigennutz wird auch dann erkennbar, wenn er ihn auf zu maskieren versteht. So plump, wie bei der Londoner Reise einst, wo er die deutschen Eisenbahnen als „produktive Wänder“ verhöhren wollte und sich dabei eine sehr üble Einschätzung im Auslande holte, ist er nicht immer. Sein Wiederaufbaupakt mit dem Franzosen Luberac wurde raffiniert angelegt, aber trotzdem schnell als ein Mißgeschick durchschaubar. Sinnes ist aber nur der Typus für die deutschen Industriepolitiker untrre Lage. In Sachen der Erfüllungspolitik, für die an sich auch Amerika erhebliche Durchführung behält, treibt diese Kleinoberdinerique ein bedenkliches Doppelspiel. Man schließt einerseits mit einigen französischen Großkapitalisten bedeutungsvolle geschäftliche Bündnisse und läßt doch gegen den Kern einer brauchbaren Verständigungs- und Sanierungspolitik im geheimen alle Mienen springen. Als die Markstabilisierung aufkam, von der Sozialdemokratie bekanntlich am entschiedensten gefordert, da konnte man in der schwerindustriellen Presse (erste Novemberhälfte) bemerkenswerte Auslassungen vernehmen, die alle gegen das Sanierungsprogramm gerichtet waren. Der Reichsverband der deutschen Industrie spielte eine sehr zweideutige Rolle. Man konnte von einer industriellen Marktentwertung sprechen. Der schwerindustrielle Zentrumsmann Peter Kildner, einer der Haupturser zur Befestigung des Achtstundentags, sagte auf einer Aktionärversammlung eines rheinischen Werkes: „Die Verluste, welche bei einer plötzlichen starken Änderung der Währung entstehen können, lassen sich heute gar nicht übersehen. Wir blicken deshalb mit großer Sorge in die Zukunft.“ Also immer herunter mit der Mark! Der 8. November mit dem Höchstdollarkurs von 9127 M., das war eben ein gelegener Tag. Die Demokratische Partei hat in ihrem unangst herausgebrachten neuen Wirtschaftsprogramm so stark kapitalistische Gesichtszüge entwickelt, daß man die ihr noch nachlaufenden Arbeiter, Angestellten, freien Berufe und Mittelständler wirklich nicht verstehen kann. Das Verlangen nach Goldwährung für Industrie, Handel und Bankwesen (Agrarier auch wohl eingeschlossen), für das übrige Volk aber Beibehaltung der bis zu einem Tausendstelpennig entwerteten Mark, das ist doch nichts andres als ein Dolchstoß gegen die Stützungssaktion für die Mark. Und so geht es herab bis zu den Spekulanten und den Sündlern gewöhnlichen Schlages, die mit den Großen ihrer Kunst ein ausgebreitetes gemeingefährliches Parasitenum am deutschen Volkskörper bilden. Wann hat es diese mehr oder weniger arbeitsscheuen Leichstrodener jemals beherrscht, daß der Reallohn bei der sich überfüllenden Steuerung für die Arbeiter und Angestellten immer mehr gesunken ist?

Nun am 16. Dezember von Amerika aus ein energischer Druck auf den Dollarkurs eingeleitet hat, so daß in New York nur 5555,55 M. notiert wurden, in Berlin aber noch 6343,12 M., also immer noch mehr als am 22. November mit 6159,56 M., da griff Bestirzung um sich bei den großen Industrie- und Finanzpolitikern wie bei den kleinen Dollarspekulanten. Der schwarze Tag des 1. Dezember 1921 liegt wieder drohend in der Erinnerung auf. Am ersten Tage der laufenden Woche ist der Dollar in Berliner amtlicher Notierung dann noch 6084,75 M. heruntergegangen, während er in New York mit 6451,61 M. seit langer Zeit höher ging als in Berlin. Wir wären also auf den Stand vom 4. November zurückgekommen. Wird es auch mit den Preisen so rückwärts gehen? Bekanntlich sind Dollarkurs und Preisfall durchaus nicht identisch. Die heutige Geschäftsmoral richtet sich nur nach dem Steigen des Dollars. Dennoch sollen in Berlin bereits erhebliche Preisnachlässe eingetreten sein, namentlich beim Vieh und bei den Getreiden. In Leipzig aber, wo man das Preisstreben virtuos versteht, ist zum gleichen Zeitpunkt die Steuerung lustig weitergeschritten, namentlich auf dem Schlachthofe hat man sichtlich gefeigert. Die von dem neuen Ernährungsminister Luther auf Drängen der nie zufriedenzustellenden Agrarier angekündigte abermalige und große Brotpreissteigerung läßt die Hoffnung

auf bessere Stellen einzuweichen noch nicht aufkommen. In Österreich ist der Preisabbau seit einigen Wochen zwar stärker vor sich gegangen als der Rückgang der Krone. Ob wir in Deutschland ähnlich so fahren werden, kann man noch nicht wissen. Gegen den einschleichen Willen von Amerika würden aber auch die deutschen Preiswacher auf die Dauer nichts ausrichten können. Für die deutsche Arbeiterschaft würde, da fast das gesamte Preisniveau bei solchem Dollarkurs weiß über die Weltmarktpreislage hinausgeht, ein starker Produktionsrückgang die Arbeitslosigkeit sehr schmätern — in einzelnen Gewerben ist man darin jetzt schon weiter als im Anfangsstadium und in Österreich begleitet große Arbeitslosigkeit die Kronenbesserung —, aber der Gesundungsprozess begänne doch und die Preisdiktatur der Industriepolitiker wäre gebrochen. Was die Valutahöhener und die Preissteigerer fertig gebracht haben, davon hier nur die drei Beispiele der 10000fachen Erhöhung der Garnpreise, der Einführung der Einkaufssperre in der Konfektion zur Herbeiführung gesunder Kalkulationsmethoden und der Einspruch der Eisenwerkenden Industrien gegen die ungeheuerliche Preispolitik der Stahlwerke. Es ist also entsetzlich laut im Stale Sinnes und Preisgenossen!

Unre „großen“ Wirtschaftsstrategen haben auf ihrem Generalkonferenzplan: Befestigung des Achtstundentags, völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft und Lohnreduktion. Wie bei der verhandelten Lohnsteuer und der „veredelten“ Zwangsanleihe, wie beim Arbeitszeitgesetz, bei der Schlichtungsordnung und den Initiativen der Rechtsparolen zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit (im Rechtsausschusse des Reichstags schon angenommen) sind das alles Beschlüsse und Verschlechterungen für die Volksmassen. Produktionssteigerung ist das höchste Rettungsgeld derjenigen, die mit ihren Milliardengewinnen für 1922 die technische Verwirklichung des Produktionsapparats einbringen können. Den Achtstundentag will man aufheben, obwohl in Deutschland noch am selbstigsten gearbeitet wird und Arbeitenden hier acht Stunden nicht einmal Arbeit gewährt werden kann. Die Zwangswirtschaft soll auch in ihren Resten beseitigt werden, weil die Agrarier in der Papiergeldflut noch nicht völlig ertrinken und obwohl die kapitalistische Amoral dazu geführt hat, daß mit Dezember der Zucker wieder unter Zwangsbewirtschaftung gestellt werden mußte und im allgemeinen eine Ernährungskatastrophe droht. Was man jetzt noch Zwangswirtschaft nennt, ist doch gar nicht vergleichbar mit der Diktatorwirtschaft und Zuckerfreiheit derer um Silmes! Zur Lohnreduktion rufen in erster Linie die schwer verdienenden Kohlenbarone auf. Das Programm untrer „Wirtschaftspolitiker“ ist für die hilfserbittern Ströme in Amerika und England als geradezu eine Herausforderung: „Überall wird erkannt“, daß nur gegen die deutschen Kapitalaufkäufer Deutschland zu retten ist!

Die Regierungsmänner Cuno, Hermes und Luther haben in ihren Reden diese Erkenntnisse noch vermissen lassen, sie versuchen es noch mit Appellen und Zuguterreden. Könnten sie doch wenigstens sprechen wie ihre sozialistischen Kollegen in Sachen, die als ihr Programm den Weg zum Sozialismus nennen. In Sachen ist die Regierung ja auch der Zuckerfreiheit entgegengetreten, indem für Milch und Butter Höchstpreise festgesetzt worden sind, also noch ein Schritt zur Zwangswirtschaft zurück unternommen werden mußte. Aber die traurige Zusammenlegung des Reichstags!

In der Presse sind Bänder mit einem guten Handelsstille manchmal recht deutlich über die „großen Wirtschaftspolitiker“ bel uns geworden. Die „Welt am Montag“ vom 18. Dezember wählte zu den neuen Ereignissen schon Bemerkenswertes zu sagen: Einmal müßte doch der Sprung aus diesem Sumpfe der kruppestollen Spekulation auf festen Boden gewagt werden. Die Valutakonjunktur sei Selbstverzehrung der deutschen Wirtschaft, sie habe uns dem fürchterlichen Abgrunde bereits nahe gebracht. Die Erhöhung der Kaufkraft war schon so groß — beim Weihnachtseinkauf ist das tatsächliche Wahrnehmung —, daß die allgemeine Wirtschaftskrise schon als bestehend anzusehen gewesen ist. Wir wären auch ohne die amerikanische Anleihe darin weiter vorgeschritten. Wir kämen eben nicht zu besseren Verhältnissen, wir müßten erst durch das Segel einer Wirtschaftskrise hindurch. Von den Gewerkschaften erwartet der Volkswirtschaftler der „W. a. M.“, daß sie sich als richtige Wirtschaftspolitiker erweisen werden — was keine Enttäuschung sein wird —; er sagt das mit den Worten:

Das schwierigste wirtschaftspolitische Problem, das sich aus der Umstellung von der Valutakonjunktur auf normale Wirtschaftsbedingungen ergibt, liegt also auf dem Gebiete des Arbeitslohns. Die Arbeiterschaft ist hier einem doppelten Druck, nämlich von Seiten des Kapitals und des sich in den kommenden Monaten rasch vergrößernden Heeres der Arbeitslosen, ausgeübt. Jetzt ist die große Stunde der Gewerkschaften gekommen! Sie werden in den uns bevorstehenden wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen zu beweisen haben, ob sie als Organisation stark genug sind, diesem doppelten Drucke standzuhalten.

Das große Steuerunrecht gegen die Lohnsteuerpflichtigen

Am 16. Dezember hat der Reichstag die Novelle zum Einkommensteuergesetz gegen den Widerspruch der Linken erledigt. Wer glaubt hat, die bürgerlichen Parteien würden den berechtigten Forderungen der Lohn- und Gehaltsempfänger auch nur einigermaßen gerecht werden, der liebt sich bitter enttäuscht. Die bürgerliche Arbeiterschaft hat zum Trost der auch aus den Reihen (Arbeiter- und Angestelltenkreise des Zentrums und der Demokraten) gekommenen Proteste die Interessenpolitik des Bestigen rücksichtslos verliert, so daß nicht nur die Steuerlichen Ungerechtigkeiten bestehen bleiben, sondern noch viel weitergehende Begünstigungen der Veranlagungspflichtigen gegenüber den Lohnsteuerpflichtigen Platz greifen werden.

Nach den vergeblichen Versuchen, in der zweiten Lesung doch noch der Staatsbürgerlichen Vernunft und dem politischen Instände zur Anerkennung zu verhelfen, hat die sozialdemokratische Partei bei der dritten Lesung eine offizielle Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt:

Die letzte Neuregelung des Einkommensteuergesetzes ist eine wesentliche Verschärfung des Steuerunrechts, das die Geldentwertung in Verbindung mit der langsamen Einziehung der Einkommensteuer geschaffen hat. Während die Steuerlast für die Lohn- und Gehaltsempfänger von Monat zu Monat sich absolut und relativ steigert, hat sich die der Veranlagungspflichtigen, insbesondere der Sachwerbstätigen, in demselben Maße verringert. Im Oktober 1922 haben die Lohnsteuerpflichtigen fast 72 Proz. der gesamten Einkommensteuer aufgebracht, gegenüber 20 Proz. im Jahre 1920 und 33 Proz. im Jahre 1921. Unter diesen Umständen ist die rückwirkende Ermäßigung der Einkommensteuer für die Veranlagungspflichtigen durch die Änderung des Steuerarths für das Jahr 1922 eine bewußte Bevorzugung gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern. Obwohl die ungerechtfertigte Mehrbelastung für die Monatslohnarbeiter, November und Dezember 1922 von niemandem abgetriffen, ja ursprünglich sogar von der Deutschen Volkspartei selbst beanstandet wurde, fanden die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion, dieses Unrecht gützumachen, keinerlei Unterfützung. Die sozialdemokratische Fraktion lehnt deshalb die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf ab. Sie überläßt die Verantwortung für die gewalttätige steuerliche Begünstigung der Besitzenden, für die Benachteiligung der Lohn- und Gehaltsempfänger und für den erheblichen Ausfall, den die Ermäßigung der Einkommensteuer für das Reich, die Länder und die Gemeinden bedeutet, den bürgerlichen Parteien.

Der Satz, nach rechts findet auch damit, eine kurze Zusammenfassung: Die Steuerprückerer, die sich, aber, für, daß, vielen, ihrer, Nächsten, nur, durch, die, Augen, auf, geben, in, ihrer, bornierten, Kurzsichtigkeit, verfehlen, sie, den, eignen, Wurzeln, kräftige, Urtschläge.

Ein Vergleich des Tarifs, der nach den Beschlüssen rückwirkend für das ganze Jahr 1922 Anwendung findet, mit den selber bestehenden, befristigt die Richtigkeit der von der sozialdemokratischen Fraktion vorgenommenen Kennzeichnung. Es beträgt die Steuer:

I. d. nächsten	Bisher		Neumehr	
	bis 100000 M.	Proz.	bis 400000 M.	Proz.
50000	15	200000	15	
50000	20	200000	20	
50000	25	200000	25	
150000	30	400000	30	
200000	35	600000	35	
200000	40	1000000	40	
200000	45	1000000	45	
1000000	50	1500000	50	
1000000	55	2000000	55	
Alles weitere	60	Alles weitere	60	

Der Höchstlohn von 60 Proz. kommt also fast bei Einkommen von mehr als 3 Millionen erst bei Einkommen von mehr als 7 1/2 Mill. M. in Anwendung. Nun ist ja durch die Heraushebung der zehnprozentigen Steuergrenze für die Arbeiterschaft wohl die Gefahr einer Nachzahlung beseitigt, aber gegenüber den bedeutenden Vergünstigungen für die Veranlagungspflichtigen fällt das kaum ins Gewicht. Vor allem bleibt das handlungs Unrecht der Steuererhebung bestehen.

Das Zwiel an Steuern, das die Lohn- und Gehaltsempfänger infolge der Geldentwertung durch den sofortigen Steuerabzug gegenüber den Veranlagungspflichtigen erleiden, steigert sich immer mehr. Aus einer Zusammenstellung der Regierung über den Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger am Gesamtertragnisse der Einkommensteuer in den letzten Monaten geht dies klar hervor. Es sind danach im Jahre 1922 Steuern eingegangen im:

	Einkommen durch Steuerabzug	Einkommen auf Grund der Veranlagung	Anteil des Steuerabzugs am Gesamteinkommen
	Mill. M.	Mill. M.	Proz.
April-Juni	13224	10320	56,17
August	5675	4253	57,13
September	8079	5773	58,33
Oktober	15757	6127	71,07

Trotzdem also schon jetzt 72 Proz. der Einkommensteuer durch die Lohn- und Gehaltsempfänger bezahlt werden, hat die bürgerliche Mehrheit des Reichstags die Einkommensteuer für die Veranlagungspflichtigen noch weiter ermäßigt. Angesichts dieser Tatsache kann mit Recht von einer Steuerlichen der Besitzenden gesprochen werden. Die

Regierung und insbesondere das Reichsfinanzministerium, die aus der Einkommensteuer alles herausholen wollen, was möglich ist, haben die Pflicht, hier, energisch durchzugreifen.

Außer am Steuerarths wird durch die Beschlüsse des Reichstags für das Jahr 1922 nichts geändert. Es bleibt also insbesondere bei den völlig ungenügenden Beiträgen für das sogenannte steuerfreie Existenzminimum. Trotz der mehr als zehnfachen Steigerung der Lebenshaltungskosten seit der letzten Anpassung ist hier keinerlei Ausgleich vorgesehen. Wie hoch klingt es, wenn heute die Werbungskosten mit 21,60 M. wöchentlich abgezogen sein sollen, wo für Straßenbahnbenutzung allein mehr als 200 M. in der Woche bezahlt werden müssen. (In Leipzig im Mindelstraße 600 M. Neb.) Die Möglichkeit etwaiger Veranlagung im Frühjahr 1923 ist bei den jetzigen Verhältnissen natürlich auch kein geeignetes Ausgleichsmittel.

Auch die steuerfreien Beiträge für 1923, soweit sie bekannt sind, können als eine Anpassung an die Geldentwertung nicht betrachtet werden. In dem Artikel „Steuerliche Ungerechtigkeiten“ in Nr. 143 ist an einem Beispiele schon gezeigt worden, daß die Sätze zur nähernden Wiederherstellung des Standes vom August um mindestens das Zwölfte bis Fünfzehnfache erhöht werden müßten. Demgegenüber sind die Ermäßigungen für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau von 40 M. auf 200 M. monatlich, also um das Fünffache, erhöht worden. Ebenso unzureichend sind auch die Abzüge für Kinder sowie die Sätze für die Abgeltung der Werbungskosten.

Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft die Gefahren erkennt, die hier drohen. Gegen die wucherliche Steuerausbeutung muß sie kommenden Protest erheben und alles aufbieten, um der Gerechtigkeit auf steuerlichem Gebiete zum Siege zu verhelfen. S. 55.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und Notlage der Arbeiterschaft

In einer Versammlung, die vor einiger Zeit in Berlin in „Silmes Festhale“ in der Halenbude stattfand, erklärte Kollege Grabmann den Versäulter Friedensvertrag als die Ursache untrer wirtschaftlichen Not. Als die Versammlungsteilnehmer richtete er die verlegene Frage, ob sie der Meinung seien, daß die Entente durch eine Aktion der Gewerkschaften sich geneigt fühlen würde, von ihren Forderungen auch nur das geringste Stückchen zu streichen. Aber die Beantwortung selbst dieser Frage kann man sehr gefeilter Meinung sein, wenn man bedenkt, daß erzwungen wurde, die Belegung des Ruhrreviers gegebenenfalls mit einer Aktion der Arbeiterschaft zu beantworten. Selbstverständlich könnte es sich hier nicht um Millionen handeln, von denen die Arbeiterschaft den Haas bis oben voll hat. Um am halben Tage aber nur auf Stunden bezogene Demonstrationen. Aber um diese Frage handelt es sich hier gar nicht, sondern die Arbeiterschaft muß deswegen, daß sie ganz allein berufen scheint, die Lasten des Versäulter Friedensvertrags auf sich nehmen zu müssen. Und das heißt doch gewiß nicht in diesem Friedensvertrage.

Mit der zunehmenden Not hat die Auspönerung des Arbeiters durch die Einkommensteuervermehrung nicht nur gleichen Schritt gehalten, sie ist noch verschärft worden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der steuerfrei bleibende Abzug für einen Familienvater mit einem Kinde zur Zeit 600 M. für die Woche beträgt. Unter Berücksichtigung des freibleibenden Teiles zählte nach einer Aufstellung der „Allgemeinen Volkszeitung“ ein Einkommensteuerpflichtiger ohne Kinder im Juli 1920 6,6 Proz., im Juli 1921 7,7 Proz. und im Oktober 1922 9,2 Proz., ein Steuerpflichtiger mit zwei Kindern zu den gleichen Terminen 5,7 bzw. 7,7 bzw. 8,2 Proz. Dieser bedauerliche Zustand, der erheblicher, als es bei oberflächlicher Betrachtung erscheint, zur Verschlechterung der Lebenslage beiträgt, ist also nicht neu, und schon längst hätte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund energisch und wirkungsvoll gegen eine solche Verschlechterung des Einkommensteuergesetzes zumungunsten der Arbeiterschaft vorgehen müssen. Auf untrer diesjährigen Verbandsstag in Leipzig richtete ich an die Adresse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einen dahinstreitenden Antrag; er wurde einer Kommission überwiesen, doch blieb mir sein Schicksal unbekannt.

Natürlich trifft den Arbeiter neben andern indirekten Steuern auch die Umsatzsteuer, die der Geldschätzmann glatt auf den Konsumanten abwägt. Da dieser die Steuer in pariger Mark vom Konsumanten erhält, die Steuer aber erst zu einem späteren Termin in meist erheblicher unwerteter Mark abfließt, so macht er hiermit noch ein profitables Geschäft. Wenn man nicht dazu übergehen kann, diese indirekten Steuern gänzlich zu beseitigen und sich lediglich auf eine Einkommensteuer, bei der allerdings gegenwärtig von den höheren Stufen genau derselbe Mißbrauch getrieben wird, zu beschränken, dann müssen wenigstens derartige Schattenseiten des Gesetzes, die sich als reiner Volksbetrug qualifizieren, ausgemerzt werden.

Während das Reichsmittelgesetz mit seiner erheblichen Belastung der Arbeiterschaft immerhin Verständnis findet, ist das bei der vor einiger Zeit gleichfalls erhoblen Wohnungsbaubauabgabe nicht der Fall. Nicht nur, daß durch das Reichsmittelgesetz das in den bestehenden Häusern investierte Kapital den Hausbesitzern übergeben ist und garantiert ist, werden nun den Bauunternehmern von untrer Wolde Zuschüsse zu den zu erbauenden Häusern gegeben, mit denen sie uns — die gegenwärtige politische Lage läßt allerhand Prophezeiungen zu, und das Reichsmittelgesetz gilt ja zunächst nur bis 1926 — alsbald

wieder, wie vor dem Krüge, bewuchern können. Sollte es wirklich nicht möglich sein, Kost dessen den Wohnungsluxus so zu besteuern, daß er wirksam wird; daß entweder die Steuer einen genügenden Beitrag zur Wohnungsbauabgabe ausmacht oder ein Aufheben des Wohnungsluxus und damit das Freiwerden von Wohnräumen im Gefolge hat?

Trotz der enormen Belastung, die die hier als Beispiele angeführten Momente für den Arbeiter bilden, ist die Hauptursache seiner Not natürlich die ungeheure Teuerung aller Nahrungsmittel und der Gegenstände des täglichen Gebrauchs. Doch auch hieron trägt der Verfall der Vertrag nicht allein die Schuld. Eine Clique internationaler Spekulanten benutzte die Notlage der Arbeiter, um aus ihrer Haut Riemen zu schneiden. Während man vorher das Fehlen des Dollars mit oftmals gerühmten lächerlichen Motiven — bald mit einer scharfen Rede Poincarés, bald mit Rücksichtsabsichten Lloyd Georges — zu begründen suchte, war man hierin gelegentlich der letzten ungeheuren Dollarkaufe gänzlich in Verlegenheit, da nicht das geringste Ereignis vorlag, mit dem man die Kaufe hätte begründen können. Gewohnheitsgemäß stiegen die Preise analog dem Dollar, ohne bei keinem Falle gleichfalls zurückzugehen.

Was hat nun der ADGB, gelang, um eine Minderung der Not, die in einem großen Gegenfalle steht zu dem Überflut, in dem noch einzelne Schichten der Bevölkerung leben, herbeizuführen? Er hat zunächst eine Schlemmersteuer gefordert; eine Steuer, die die Falten der leeren Stadtäckel wieder glätten sollte. Ein bitteres Lächeln mag wohl den Arbeitern, selbst denen, die nur mit einem geringen Quentchen Intellekt ausgestattet sind, ob dieser Forderung gekommen sein; desto hergestoßen werden die gelacht haben, die von der Steuer getroffen werden sollten. Wie mag man sich die Durchführung einer solchen Steuer wohl gedacht haben? Glaub man, daß ihr Erträgnis wirklich die Kosten des für ihre Einziehung erforderlichen Beamtenapparats decken wird? Dann hat der ADGB, die Erhöhung des Kaffee- und Tabakzolls gefordert. Diese Forderung ist auch von den Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei im Reichstage vertreten worden! Man weiß wirklich nicht, welche Worte man dafür finden soll. Wenn man irgendeinen alten Jahrgang einer Tageszeitung zur Hand nimmt und die Reden durchliest, die sozialdemokratische Abgeordnete gegen die Erhöhung des Tabakzolls gehalten haben, und sie mit denen vergleicht, die kürzlich dazu gehalten wurden, so kann man wirklich mit Valeres sagen: „Erklär mir, Graf Orinbur, diesen Zwiespalt der Natur!“ Soll so plöblich das, was gestern noch weiß war, heute schwarz geworden sein?

Das, was hier über den Tabakzoll gesagt wurde, gilt sinngemäß auch für den Kaffeezoll, dessen Erhöhung der ADGB, gleichfalls gefordert hat. Man läßt sich hier meist von der irdlichen Annahme leiten, Kaffee sei ein Luxusartikel. Sowie der Haushalt der minderbemittelten Bevölkerung in Frage kömmt, findet man meist, nachdem der Kaffee im Preis unerschwinglich geworden ist, Fragen Verwunderung, den wir doch so himmelweit für das tägliche Brot brauchen. Wer früher aus Sparsamkeitsrücksichten, vielleicht auch als Gegner des Alkohols, im Restaurant eine Tasse Kaffee trank, wird heute infolge des unverhältnismäßig hohen Preises direkt dem Bier und Brannwein in die Arme getrieben. Und der sonstige Erfolg in wirtschaftlicher Beziehung? Ganz selbstverständlich wird Brasilien, das uns mit Kaffee versorgt und worin Deutschland unter den importierenden Staaten an dritter Stelle steht, die Politik der deutschen Regierung, die in diesem Falle auch Beauftragte des ADGB, ist, nicht tatenlos zusehen und gegebenenfalls entsprechende Gegenmaßnahmen treffen, durch die unser Export, auf dem ja bekanntlich die Wiedergewinnung unseres Wirtschaftslebens in erster Linie basieren soll, nur Schaden erleiden würde. Tatsächlich hat sich die brasilianische Regierung ja bereits mit einer Eingabe an die deutsche Regierung gewandt, in der sie auf all diese Momente mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit hinweist. Doch durch die kritisierte Politik der Regierung sich etwa die Einnahmen aus dem Kaffeezoll erhöhen, wird wohl niemand annehmen; sie werden im Gegenteil infolge der verminderten Einfuhr zurückgehen und unsere Handelsbilanz noch passiver gestalten, als sie es schon ohnehin ist.

Es bedarf wohl kaum weiterer Ausführungen, daß der ADGB, auf dem Solwege ist, wenn er glaubt, mit Forderungen dieser Art die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse — und darum handelt es sich doch wohl, wie man annehmen darf, in erster Linie — zu verbessern.
Berlin. Dito Mahlo.

Der ADGB, lehnt den Soziallohn ab!

Die Lohnpolitik des Verbandes gegenüber den Arbeiterreichen ist bisher negativ geblieben. Es erübrigt sich wohl, weiter auf das Elend einzugehen, das in diesen Familien herrscht.

Der Standpunkt der Arbeiterreichen gegenüber dieser Negation soll hier nur wieder einmal prinzipiell dargelegt werden, zumal eine Ausschüttung des ADGB, neuerdings wieder zu dem Resultat gekommen ist, einen Soziallohn abzulehnen mit der Begründung, daß der Staat hier helfend einzugreifen hat. Man hat aber noch nicht gehört, daß in dieser Beziehung vom ADGB, ernstlich etwas unternommen worden ist und überläßt eben diese Speises von Menschen ihrem Schicksale mit dem Motto: Freiß, Vogel, oder stirb!

In gewissen Kreisen des ADGB, hat es damit ja auch keine Eile. Denn wie hier schon einmal ausgeführt, sind es immer wieder die vom ADGB, inaugurierten Spitzen-

verbände, die bei Lohnverhandlungen auf den Standpunkt des ADGB, keine Rücksicht nehmen und freiweg ihre Privilegien (wenn man es so nennen darf) auf Kinder- und Frauenzulagen verlesen mit dem Erfolge, daß die beiden Zulagen in ihrer prozentualen Auswirkung immer höher ausfallen und so dazu beitragen, daß der von dieser Lohnpolitik nicht ersehnte kinderreiche Gewerkschaftler volkswirtschaftlich dabei in immer höherem Maße der Summe ist, denn indirekt muß er die erhöhten Tarifföhne und -gehälter auch mit aus seiner Tasche bezahlen.

So hat es eben mit der Einseitigkeit in der Lohnpolitik der Gewerkschaften trotz ADGB, und aller sonstigen von diesen veranstalteten Zuschüttungen noch gute Weile, und die kinderreiche Zuschüttung, die ein Leben lang an ihrer Gewerkschaft gegangen, werden wohl die Fokussung mit ins Grab nehmen können, daß ihnen niemals durch den Verband geholfen werden könnte.

Erfurt.

Oer.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Breslau. In untrer Verammlung am 11. Dezember, die eigentlich hauptsächlich der Besprechung des neuen Tariffs gelten sollte, was leider verstritt war, wurde zunächst zuerst Verstorbenen ehrend gedacht. Hierauf hielt der Leiter der Mieterschutzabteilung beim biesigen Gewerkschaftskartell, Arbeiterlehrer Vogel, einen sehr wertvollen Vortrag über: „Das Reichsmittelgesetz und seine Ausföhrung in Breslau“, an die sich eine ausgiebige Diskussion schloß, durch welche jeder auf seine Rechnung kommen konnte. Der Vorsitzende der Breslauer Epographischen Gesellschaft machte im Anschluß an die angestellten Entwürfe zu einer Neujahrskarte für den Bezirksverein Breslau einige Ausführungen und gab die Preissträger bekannt. Eingegangen waren 24 Gehilfen- und 30 Lehrlingsarbeiten. Besonders unter letzteren war eine ganze Anzahl geschmackvoller Arbeiten zu verzeichnen. Als erfreuliches Zeichen des Verständnisses für die Not der Armlen muß es bezeichnet werden, daß durch Unterstützung auf das Zehnte und vier Wochen lang ein Ertragsbeitrag von 50 M. zu einer Weihnachtunterstützung an Invalide und Arbeitslose beschloffen wurde. Das Ortsgeheim an Durchreisende wurde auf 100 M. erhöht.

Hamburg. (Maschinenseher.) In untrer Verammlung am 3. Dezember nahm Kenntnis von der Arbeitslosenstatistik (Einwohner 8, Epograph 4, Monoline 1 Erwerbstätiger); die Abwanderung vom Gewerbe nimmt zu. Nachdem ein Kollege die Verdienstmöglichkeiten in andern Berufen beleuchtet hatte, kam man zu dem irischen Kapitel: „Unter Nohhabkommen“. Trotzdem wir in Hamburg um einen vollen Monats-Zuschuß gegen andre Bezirke zurück sind; sammeln die Arbeiter die Arbeit über einen Todesstoß des Gewerbes. Kollege Kießler hielt einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Rechtsdrehungstreitfragen aus der Berufspraxis“. Der Spartenbeitrag wurde mit Einverständnis der Verammlung ab 1. Januar 1923 auf 10 M. wöchentlich erhöht. Den Schluß bildete die Klärung einer technischen Frage.

Leipzig. (Korrektoren.) Die außerordentliche Generalversammlung am 13. November schritt zu einer zeitgemäßen Statutenänderung. Um die sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen ergebenden, in immer kürzeren Abständen sich notwendig machenden Beitrags-erhöhungen von der Einberufung einer Generalversammlung unabhängig zu machen und so die Tagesordnung von einem unliebsamen Punkte zu entlasten, wurde der Spartenbeitrag in ein bestimmtes prozentuales Verhältnis zum Verbands- und Gauebeitrag gebracht, und zwar werden 3 Proa. erhoben. In der gleichen Verammlung sprach Kollege Bernhard Mauff über: „Die Anwendung der Wert- und Satzzeichen im Deutschen“. Alles und Neues geschicht verbindend und die Ausführungen der Fachpresse aus der letzten Zeit damit verknüpfend, verlor die Vortragende in bewährter Weise Klärung darüber zu verbreiten, inwieweit die Anwendung der Wert- und Satzzeichen grammatisch korrekte Regel, Stilfrage oder eine Sache des Geistes ist. Der Vortrag war geeignet, teils vorhandenes Wissen aufzufrischen, teils neues zu vermitteln, und dürfte seinen Zweck vollaus erfüllt haben. Der Vortragende erntete reichen Beifall bei den zahlreich anwesenden Kollegen. — Auf ein neues Gebiet der Technik führte uns ein Vortrag des Kollegen Joseph Schuster in der Dezemberverammlung mit seinem Thema: „Verschiedenartige Apparate und Gehilfen“. An Hand eines umfangreichen Anschauungsmaterials erläuterte der Vortragende die mannigfachen, auf den Markt gekommenen Verschiedenartigen Apparate und ihre Anwendungsmöglichkeiten. Zwei Gesichtspunkte sind es vor allem, die die Gehilfenarbeit veranlassen sollten, der weiteren Entwicklung dieses Arbeitszweigs die größte Aufmerksamkeit zu schenken: 1. Hat das Gewerbe durch die Verschiedenartigen Apparate erste Schritte zur Befürchtung zu 2. Entsteht dem gelehrten Buchdrucker auf diesem Gebiet ein neues, entwicklungsfähiges Beschäftigungsfeld? Beantwortet man diese beiden Fragen mit Ja, so haben die beteiligten Organisations aller Urkräfte, rechtzeitig einzugreifen, um die Interessen ihrer Mitglieder wirksam zu wahren. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, daß zwischen den Anpressungen der Fabriken und der Bewahrung dieser Apparate in der Praxis eine gewaltige Lücke klafft, und daß sich schon dadurch die Notwendigkeit ergibt, Sachleute zur Bedienung heranzuziehen, um der technischen Verwilderung der Druckmaschinen entgegenzuarbeiten.

Auch dieser Vortrag fand reichen Beifall; leider lieb der Besuch der Verammlung sehr zu wünschen übrig.

München. (Drucker.) In untrer außerordentliche Generalversammlung am 2. Dezember war auf Beifall. Nach den erfolglosen Aufnahmen wurden die „Verbandsmittlungen“ erledigt. Hierbei wurde auch der Winterplan mit den abzumachenden Kurien — Farbenlehre, Anlegapparat, Ausschleifen und Zurücken — getreift. Die Besetzung an den bereits begonnenen Gehilfenkursen ist zufriedenstellend, speziell der durch das große Angelegenkommen der Firma Spielb nun aufgestellte Rollapparat in der Fachschule hat bereits einen seit vier Wochen begonnenen und einen folgenden, ein Vierteljahr dauernden Kurs abgeleitet, die sich beide voller Teilnehmerzahl und großen Interesses erfreuen. Anschließend wurde das Rundschreiben Nr. 3 der Zentralkommission vom Vorsitzenden verlesen und eingehend behandelt. Man war mit den Anträgen und Vorschlägen anerkennend und vollständig einverstanden, andererseits wurde Verständnis für die Beitragsverhöhung gezeigt. Auch ein Vortrag: „Über die Anfälle an den Druckmaschinen“, wurde vorgelesen. Darauf folgte wieder die Besprechung des Bezirksvereins nach längerer Debatte, in welcher über prozentual steigenden oder stabilen Beitrag entschieden wurde, geregelt. Es wurde hierdurch ein stabiler Beitrag von 15 M. pro Woche ab 3. Dezember beschloffen, der jeweils den Verhältnissen entsprechend erhöht werden soll. Unter andern Anträgen wurde auch noch die Entschädigung des Vorstandes für die letzten Monate rückwirkend erhöht. Anschließend wurde dann noch durch eine Anfrage, ob die außerhalb des Berufs tätigen Kollegen nicht noch weiter von Berufsnachweise vermittelte werden können, eine sehr lebhaft Debatte ausgelöst, in der Ortsvereinsvorsitzender Schildner längere Ausführungen und Hinweise machte, durch die er jedoch, gebunden durch Bestimmungen und Verordnungen, die Wünsche der benachteiligten Kollegen nicht aufleben aufstellen vermochte.

□ □ □ Rundschau □ □ □

August Hausmann f. Hildesheims ehemaliger Orts- und Bezirksvorsitzer, der jahrzehntlang die Geschicke eines ausgeübten und früher im tiefsten Dornröschenschlafs schlummernden Bezirks zum Leben erweckte und mit Anstand und Tatkraft leitete, ist am 15. Dezember nach längerer Krankheit entschlafen. Schon als junger Gehilfe stellte er seine Arbeitskraft in den Dienst der Organisation und ging, als ihm seitens seines Prinzipals Verrat an der Kollegenchaft zugemutet wurde, auf Wanderschaft, um sieben Wochen lang viele Gänge zu durchspinnen. Er arbeitete dann ein Jahr in Eiberfeld sowie zwei Jahre in Mergentheim und kehrte; 1888 nach Hildesheim zurück. Als, nach dem großen Streik 1891/92, die Leitung des Hildesheimer Ortsvereins gründlich verfabren war, nahm August Hausmann die Zügel in die Hand, um sie erst bei zunehmendem Alter jüngerer zu überlassen. In diesen langen Jahren war er Delegierter auf vielen Generalversammlungen des Verbandes, zuletzt in Danzig 1913, sämtliche Gantage Hannovers haben ihn. Er war dabei weit über seinen Bezirk und unsern Gau hinaus ein gern gesehener, temperamentvoller Redner und auch ein scharfer und fränkischer Kopf. Das von ihm anlässlich der Generalversammlung in Hannover 1911 veranlassete Schlachtfeld im Gewerkschaftshaus von Hildesheim, das ihm von dem Verbandsvorsitzenden Möblich das Prädikat „Verbandsoberschichtmeister“ eintrug, wird allen Generalversammlungsmitgliedern und dem Bezirksvorsitzer unvergessen sein. In Erkennung von dessen, um die Kollegialität zu pflegen, war er Meister, und daß man Prinzipal und doch ein gutes Verbandsmitglied sein kann — unser August Hausmann hat es bewiesen und darum Ehre seinem Andenken!

Erhöhter Bezugspreis für den „Sungbuchdrucker“. Infolge der ungeheuren Steigerung des Papiers und der hohen Kosten der Drucklegung des monatlich zweimal erscheinenden „Sungbuchdrucker“ sieht sich der Verlag, der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, im Einverständnis mit dem Verbandsvorstande genötigt, den Abonnementspreis vom 1. Januar 1923 ab auf 60 M. vierzehntägig zu erhöhen. Wir glauben bestimmt annehmen zu dürfen, daß kein Leser untrer bestiebten Lehrlingszeitschrift, deren Redigierung bekanntlich nebenamtlich erfolgt, die nachgedrungen geringe Erhöhung zum Anlaß nehmen wird, den „Sungbuchdrucker“ abzubestellen. Den jugendlichen Bezüheren, soweit sie Mitglied der Lehrlingsabteilung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker sind, wird der Abonnementsbeitrag auf ihre Beiträge zur Lehrlingsabteilung angerechnet resp. zurückvergütet.

Die Schwinducht der Presse. In Nr. 144 haben wir in berechtigtster Wahrung der Interessen der Buchdruckergehilfen gegen die neue unverkämte Steigerung des Zeitungsdrukspapiers aus schärfste Stellung genommen. Die Papierpreise sind geradezu phantastisch in die Höhe gegangen, und wir Buchdrucker haben in erster Linie darunter zu leiden. Der Preis von 445 M. für das kilo Papier im Monat Dezember bedeutet gegenüber einem Friedenspreise von 20 M. eine Erhöhung um das 2250fache! Um sich dieser Steigerung vollständig bewusst zu werden, muß man bedenken, daß selbst bei der letzten stärksten Preissteigerung kaum der zweitausendfache Stand der Friedensbewertung erreicht und überschritten ist; sonach erahnt sich die ungeheuerliche Tatsache, daß die Papierpreise noch um das 250fache über dem höchsten Stande des Dollarjahres liegen. Eine solche Preisentwertung ist gleichbedeutend mit einer Erdrosselung der Presse.

Grund genug für uns, einmal kräftig vom Leder zu ziehen gegen das isolierte Großhospital, in diesem Falle den Papierkongress. Unter Berufung auf unsere Artikel ging uns vom Verbande Deutscher Druckpapierfabriken in Berlin (G. m. b. H.), der sich betroffen fühlt, ohne von uns genannt zu sein, eine prehabilitierende Verhöhnung zu. Sie bezieht sich in erster Linie auf die Angabe des Artikels, daß für die Monate Dezember, Januar und Februar eine Steigerung von je 100 Proz. des Papierpreises angehängt worden ist. Diese Bemerkung wird in vollem Umfang als unrichtig bezeichnet. Für die genannten Monate sei überhaupt keine Steigerung des Papierpreises, geschweige denn eine solche von 100 Proz. angekündigt worden. Dazu haben wir zu bemerken, daß darüber in einer ganzen Anzahl von Tageszeitungen übereinstimmend berichtet wurde. U. a. konstatierte die „Frankfurter Tagespost“ in Nürnberg am 4. Dezember wörtlich: „Für Januar wird bereits ein weiteres Steigen der Papierpreise, und zwar auf fünf bis sechs Millionen Mark für 10000 kg, angekündigt, das ist also ein Papierpreis von 500 bis 600 Mark für ein Tilo.“ Borenschiffen sollen wir unsere Leser haben, daß der Preis für Druckpapier jeweils monatlich unter Sinzugziehung der Papierverbraucher im Reichswirtschaftsministerium festgelegt wird und deren ausdrückliche Billigung gefunden hat. Auf diese Tatsache wurde früher schon hingewiesen, und erst im Zeitartikel der Nummer vom 16. Dezember „Die Preissteigerungen im Papierfach“ war von einer derartigen Verständigung im Reichswirtschaftsministerium die Rede. Aber selbst ein hundertmaliger Hinweis auf die Mitwirkung von Verbrauchervertretern vermag die ins Phantastische gestiegenen Papierpreise nicht zu rechtfertigen. Abgesehen davon, daß die Zeitungserleger selbst in einem geharnischten Artikel im „Zeitungsvorläufer“ die vom 1. Dezember ab gültigen Preise als unerträglich und sie haben das nach den Meldungen in der Tagespresse und sie haben bei den Verhandlungen zum Ausdruck gebracht. Und die „Presiden Neuesten Nachrichten“ überschriften einen Aufsatz über die neugestaltete Lage auf dem Papiermarkt sehr treffend: „Mit Riesenschritten zur Vorkriegszeit der Katastrophe“. Sie geben damit der schauerhaften Stimmung prägnanten Ausdruck, mit der die Zeitungserleger die Stöbelpost von der neuen maßlosen Papierpreissteigerung und den rigorosen Zahlungsbedingungen aufgenommen haben. Eine schwere Beschädigung erblickt der Papierkongress in unserer Bemerkung, von der kapitalistischen Preistreibelei auf dem Papiermarkt“ sowie in dem Satz: „einen unerschämteren Raubzug hat noch keine Industriellengruppe auf die Taschen des Volkes unternommen als die Papier- und Zellstofffabrikanten“. Diese Beschädigung sollen wir mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen gegenüber dem Verbande der Deutschen Druckpapierfabriken, von dem wir aber gar nicht gesprochen haben. Zur Illustration dieses Verlangens erlauben wir uns hinzuweisen auf die offenkundigen Riesengewinne der Zellstofffabriken und ferner darauf, daß die Papier- und Zellstofffabriken in der jüngsten Inflationsbewegung der Weltkriege mit an der Spitze standen. Einige dieser Aktien konnten ihren Kursstand in einem einzigen Monat um das Sechsfache verbessern. Das sind Gewinne von 100000 M. pro Aktie!

Frachtermäßigung für Zeitungsdrukpapier. Die in ihrem Bestande schwer bedrohte deutsche Presse soll trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Reichseisenbahn

Eisenbahnfracht last völlig zurück gegenüber der sehr empfindlichen eine regierungseigentliche Unterbrechung erfahren. Allerdings stellt selbst eine weitestgehende Ermäßigung der ständigen neuen Steigerung der Preise für das Zeitungsdrukpapier. Schon bisher bestand eine ermäßigte Frachtberechnung für Zeitungsdrukpapier, die bei einer Entfernung von 400 km. für die Wagenladungsfracht einen Nachlass von 30 Proz. für die Stückgutfracht von 20 Proz. vor sah. Der neuen Ermäßigung liegt bei Stückgutentfernungen der Frachtlad der Wagenladungsfrachte a, bei Wagenladungen der Frachtlad der Klasse c, ca 5 oder ca 10 zugrunde. Was entspricht bei 400 km Entfernung einer weiteren Verbilligung der bisherigen Stückgutfräfte von rund 30 Proz. und der Wagenladungsfräfte von rund 25 Proz.

Zum Anfahrtsarbeiterstreik in Ludwigshafen. Gegenüber der Behauptung der „Rosen Gazette“, die am Streik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen indirekt beteiligten Gewerkschaften gewährten, um die Bewegung nicht noch weiter auszuweiten zu lassen, anstatt Streikunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, erklärte der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes, daß das eine aus den Fingern gelogene Lüge ist. Der Hauptvorstand sei gar nicht gewiß und auf Grund des Verbandsstatus sowie der Richtlinien des DGB, nicht beauftragt, für einen Streik, ohne Befragen der Gewerkschaftsleitungen begonnenen Streik irgendwelche Mittel zur Verfügung zu stellen. Nach einer neuerlichen Meldung haben die seit über einer Woche zwischen den Werksleitungen der bestreikten Betriebe und den Gewerkschaftsleitungen geführten schwierigen Verhandlungen am Sonnabendabend (16. Dezember) endlich zu einer Verständigung geführt. Danach erhalten die Fabrikarbeiter einen Stundenlohn von 400 M., die Sandwerker einen solchen von 424 M. und die Arbeiterinnen von 280 M. Dazu kommen die bestehenden sozialen Zulagen. Jeder verheiratete Wiedereintretende erhält sofort nach Aufnahme der Arbeit eine Nachzahlung von 2500 M. für den November und eine Kinderzulage von 250 M. für jedes Kind. Die Urheber des Streiks haben nach der getroffenen Vereinbarung keinen Anspruch auf Wiedereinstellung. Ob sich diese durch Wolffs Telegraphenbureau verbreitete Meldung bestätigen wird, bleibt abzuwarten.

Zur Frage des Soziallohns. Eine Entscheidung von prinzipieller Bedeutung fällt kürzlich das Obergericht in der Soziallohnfrage. Während der Beratung eines neuen Tarif im sächsisch-schlesischen Textilbezirk hatte eine Firma ihren Arbeitern sogenannte Sozialzulagen gewährt. Eine Betriebsversammlung und auch der Betriebsrat der großen Fabrik hatten diese Zulagen aber abgelehnt, weil sie nur tarifmäßige Zulagen forderten. Strohheim gewährte die Firma die Sozialzulagen und zahlte sie aus. Als dann die Tarifverhandlungen zu Ende waren, da stellte sich heraus, daß die Tarifzuschläge geringer waren als die gewährten Sozialzulagen. Die Firma verzichtete nicht auf die nichtgehörten Zulagen abzugeben. Das liegen sich die Arbeiter nicht gefallen und verklagten die Firma beim Gewerbegericht, und dieses gab das Urteil dahin ab, daß es als unzulässig zu bezeichnen sei, eine einmal gewährte und bezahlte Zulage wieder abzugeben. Das Urteil ist für den gesamten Textilbezirk maßgebend und sicherlich auch von allgemeinem Interesse.

Feierlage und Eisenbahntarif. Bekanntlich tritt am 1. Januar 1923 wieder eine beträchtliche Erhöhung der Perzentalarie ein, die über 100 Proz. beträgt, da sie sich aufbau auf einen Kilometerfahr von 4 M. für die vierte Wagenklasse. Das Verkehrsministerium will jedoch mit Rücksicht darauf, daß die neuen Tarifserhöhungen mit den Feierlagen zusammenfallen, die Vorkaufsmöglichkeit nicht einschränken und demgemäß zulassen, daß am 1., 2. und 3. Januar noch Reisen gemacht werden können, wofür die Fahrkarten zum bisherigen Preise bereits im allen Jahre gelöst sind.

Amerikanische Weihnachtsspenden. In letzter Zeit mehren sich die amerikanischen Spenden für Deutschland; ein Beweis dafür, daß der Deutschenhass stark im Abflauen begriffen ist. Aus dieser Tatsache darf man berechtigter Hoffnung schöpfen, daß sich auch der Einfluß der amerikanischen Regierung zur wirtschaftlichen Rettung Deutschlands im Rate der Alliierten verstärken und sich schließlich durchsetzen wird. 12000 Dollar (etwa 92 Millionen Mark) sind dem Reichspräsidenten Ebert wiederum zur Linderung der deutschen Not aus der Weihnachtssammlung der „New Yorker Staatszeitung“ und der von ihr herausgegebenen Blätter überwiesen worden. Mit der Verteilung der Spende hat der Reichspräsident das Reichsministerium beauftragt. Die New Yorker Sammlung hat bisher 24000 Dollar für Deutschland ergeben und da auch der Präsident der Republik Österreich einen größeren Dollarbetrag für die Linderung der Not entgegengenommen hat, beträgt das Ergebnis der Weihnachtssammlung bisher rund eine Vierelmilliarde Mark. Die Sammlung wird fortgesetzt. Unter sonstigen Millionenpenden für Krankenhäuser und notleidende Kinder in Berlin ist auch eine solche von 70 Mill. M. für Bedürftige aller Stände in Deutschland eingegangen. Allerdings wird bestimmt gemeldet, daß ein Mitglied des amerikanischen Kongresses eine Entschädigung eingebraut hat, nach der eine Summe von 70 Millionen Dollar dazu verwendet werden soll, der Unterernährung in Deutschland und Österreich abzuwehren.

Briefkasten

G. M. in S.: Danken für jrd. Information. Er war ein guter Mensch - G. P. in W. Geduld ist aller Schmerzen Arznei. Bei erstlicher Gelegenheit. Gruß - G. B. in E. Der Vorstoß ist reichlich erwogen, aber abgelehnt worden. Die Dinge liegen glücklicherweise in unsrer Organisation nicht so trüb, daß zu solchen Überheblichkeiten gegriffen werden müßte. - M. S. in C. Beitrag gegen am 25. November hier ein; Offerten sind keine eingegangen. - R. T. in Bin.: 127,50 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsplatz 5 II.
Sprechsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):
Im Cam Papier der Seherfaktor Georg Reuter, geb. in Wödringen 1897; war schon Mitglied. - Hans Hemmerich in München, Holzstraße 24 I.

Inpographiker

Not und korrekt, guter Maschinenschreiber und -setzer, wünscht sich zum 2. Februar oder früher zu verändern. [623]
Angebote erdellen an B. Hansen, Allee (Rhd.), Cabarerstraße 39.

Langjähriger Meister einer Galvanoplastik und Stereotypenanstalt

(gelernter Schriftsetzer), erzeugt Rundgalvanos, Hoch- und Tiefdruckstichstöcke mit direktem Niederdruckverfahren, hat selbständige Erfahrung mit galvanischen Eisen-, Kupfer- und Stahlstichstöcken für die Schriftgießerei-Maschinenherstellung, wünscht seine Stellung zu verändern. Verdienst war auch längere Jahre Süllerer und Vorleser einer bedeutenden deutschen Hauswirtschaftslehre. [604]
Wett. Zuschriften besördert W. Hoffmann, Wien V, Anzengruberstraße 7 III/20.

Für unsere Hauswirtschaftlichen und wirtsch. Arbeitenden, selbständig arbeitenden. [602]

Schriftgießer

in Papierverfertigung, Beziehung nach Schriftsetzerei.
Bewerbungen mit Unterlagen und Angabe des frühesten Eintrittstermins erdellen an Vogelverlag, Betriebsbureau, Pöschels (Zbr.).

20 Jahre alter, im Wertsch. und Lebensjahr bewandelter

Schriftsetzer

sucht für sofort oder später Stellung. Sachlich bewandelt. Off. zu richten an H. Stoppig, Dresden, Pöschelstraße 19.

Jünger

Schriftsetzer

im Zeitungswesen und leichten Abzählensich bewandelter, der auch an Schichtpreise und Regel ausbilden kann, sucht zu Anfang Januar Stellung. [625]
Werte Angebote sind zu richten an B. Schmeizer, Mühlentorstraße 19.

Vielen Wünschen entsprechend vermitteln wir trotz der misslichen wirtschaftlichen Verhältnisse den

Neujahrskarten-austausch 1923

Die Vorstände der Ortsgruppen des Bildungsverbandes, der Gau- und Ortsvereine des Verbandes der Deutschen Buchdrucker werden gebeten, 100 Karten an uns einzuliefern bis spätestens 10. Januar 1923. Der Austausch kostet für Einlieferer 100 Mark. Vereine, die keine Neujahrskarten anfertigen lassen, erhalten den Austausch auf Wunsch für 150 Mark.

Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker
G. m. b. H.
Leipzig, Salomonstraße 8
Postfachkonto: Typographische Mittellagen Leipzig 52287

Das Februarheft der „Typographischen Mittellagen“ veröffentlicht die besten Neujahrskarten. Die Schriftleitung erbittet von den Vereinen je zwei Stück bis 3. Januar, damit die Zusammenstellung rechtzeitig erfolgen kann.

Bereinsbuchdruckerei zu Hannover

e. G. m. b. H.
Die Genossen werden hiermit zu einer zweiten außerordentlichen Generalversammlung am Sonntag, dem 31. Dezember, vormittags 10^{1/2} Uhr, im „Regierheim“ zu Hannover, Gerberstraße 3, eingeladen. Erledigung der Tagesordnung der außerordentlichen Generalversammlung vom 17. Dezember 1922.
Der Vorstand:
A. Rosenbruch, G. Wenz, W. Vaages.
Der Schriftführer:
Gottl. Schwerdtfeger.

Großen Verdienst

erzielen Kollegen, die den Verkauf spez. meiner

Mähgarn-Zwirne

auf eigene Rechnung übernehmen. Der Abnehmer wird bezirksweise abgegeben. - Musterlieferung von 3000 und 5000 M. mit näheren Bedingungen liegt Ihnen gegen Vorlage auf mein Postfachkonto zur Verfügung. Bestellen Sie sofort.

50 Proz. Gewinn für Sie!

Kollegen, denen ich den Verkauf schriftlich angeboten habe, halte ich den Vertrag bis zum 31. Dezember offen.

Adolf Ribbel, Goslar, Böhmschloche 9.
Postfachkonto Essen Nr. 9931.

Bandwurm

mit Kopf sowie andro Würmer entfernt ohne Hungerkur! Verlangen Sie Auskünfte gegen 25 M. in Kassenscheinen.

Wurm-Rose

Hamburg II a 121.

Sämtl. Handwerkszweige, Buchdrucker, Gusschloche, Harb. Radeb. Graph. Verbandsbureau, Velbins Radlo ger. Stuttgart, Immenhofstraße 4.

Infolge Herzlähmung verstorben am 8. Dezember unser wertvoller Kollege, der Korrektor [618]

August Straßburger

aus Köln, im Alter von 73 Jahren. Ein ehrendes Andenken bleibt.

Bezugsverein Köln.
Korrekturenbureau Köln.

Am 11. Dezember verstarb infolge Gasvergiftung unser Kollege, der Schriftgießer [616]

Paul Stammwig

im 29. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
Berlin, 15. Dezember 1922
Das Personal der Wilhelm Woelfmerischen Schriftgießerei.

Am 15. Dezember verstarb nach längerem Krankenlager früherer langjähriger Bezugsvereiner [615]

August Hausmann

Ein braves Verbandsmitglied, ein lieber Kollege und Freund wurde uns mit ihm genommen. Sein Andenken wird hoch in Ehren halten
Bezugsverein Silberhelm.

Am 8. Dezember verstarb in Hamm I. W. unser lieber Kollege, der Setzer [622]

Kurt Kirchhoff

aus Halle a. d. S., im 27. Lebensjahre. Sein Andenken wird in Ehren halten
Bezugsverein Dortmund.

Zurückseher und Scheren
Wetzlar und Anzeln sowie alle Werkzeuge für Setzer und Drucker empfiehlt
H. Sieg, München 4. - Katalog 5 Mk.